

Der Renten-Aufstand der Ökonomen

22 namhafte Wissenschaftler verschiedener Institute haben einen Appell an die Bundesregierung unterzeichnet. Ihre Forderung: „Rentenpaket zurückziehen!“

Eine Gruppe prominenter Ökonominen, Ökonomen und Experten anderer Fachrichtungen schaltet sich in den Rentenstreit der schwarz-roten Koalition ein. In einem gemeinsamen Appell fordern 22 Wissenschaftler die Bundesregierung auf, das geplante Gesetzespaket zur Altersvorsorge nicht zu beschließen.

„Für Stabilität, Verlässlichkeit und Vertrauen braucht es eine Rentenpolitik mit langem Atem, die berechenbar und fiskalisch nachhaltig ist“, heißt es in dem Papier, das am Montag veröffentlicht werden soll und dem Handelsblatt vorliegt. Das Vorhaben der Bundesregierung verfehle dieses Ziel. „Das Rentenpaket sollte deshalb in Gänze zurückgezogen werden.“

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schreiben: „Die demografisch bedingten struk-



Das Rentenpaket sollte in Gänze zurückgezogen werden.

22 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

turellen Probleme des Rentensystems würden weiter verschärft und es käme zu einer zusätzlichen Lastenverschiebung zwischen den Generationen – zulasten der Jüngeren, die schon heute unter steigendem finanziellen Druck stehen.“

Die Gruppe fordert Union und SPD auf, zunächst auf die Ergebnisse der geplanten Rentenkommision zu warten und dann umfassende Reformen anzugehen.

Zu den Unterzeichnern des Appells gehören Ifo-Chef Clemens Fuest, die Wirtschaftsweisen Veronika Grimm, Monika Schnitzer und Martin Werding, Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, sowie der frühere Vorsitzende des Sachverständigenrats und heutige Präsident des Handelsblatt Research Institute, Bert Rürup.

► Fortsetzung auf Seite 4

Der Renten-Aufstand der Ökonomen



Oben (2): Uni Jena, Reuters (2); LMU, D. Murré, Uni Heidelberg, Privat, ZEW, Uni Konstanz; PK, Stiftung Marktwirtschaft, picture alliance (2); image, PHU, WPU, D. Baurmann für HB

► Fortsetzung von Seite 1

Damit erhält die sogenannte Junge Gruppe der Unionsfraktion, die den Rentenstreit in der Vorwoche eskalieren ließ, prominente Unterstützung. Die Abgeordneten hatten deutlich gemacht, dass sie dem Gesetz in der bisherigen Form nicht zustimmen werden. Da der Jungen Gruppe 18 Abgeordnete angehören, hätte die Koalition derzeit keine Mehrheit für das Gesetzesvorhaben. Deshalb warnen in Berlin einige vor einem möglichen Scheitern der schwarz-roten Koalition.

Die jungen Abgeordneten der Union kritisieren eine zu starke Belastung der jungen Generation und stören sich vor allem an der Verlängerung der Haltelinie für das Rentenniveau – also das Absicherungsniveau der Rente im Verhältnis zu den Löhnen – bei 48 Prozent bis 2031.

In dem Gesetz von Arbeitsministerin und SPD-Chefin Bärbel Bas ist vorgesehen, dass auch nach 2031 das Rentenniveau um etwa einen Prozentpunkt höher liegen soll als nach geltendem Recht. Nach Ansicht der jungen Abgeordneten in der Union geht dies über den Koalitionsvertrag hinaus und sorgt für zusätzliche Belastungen von 120 Milliarden Euro. Die SPD widerspricht dieser Kritik.

Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzender Lars Klingbeil hat Än-

derungen an dem Gesetz ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten verweisen darauf, dass die Unionsminister im Kabinett schon zugestimmt haben.

Sowohl Kanzler Friedrich Merz (CDU) als auch Unionsfraktionschef Jens Spahn (CDU) hatten sich dafür

Protestierende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (von oben links):

Friedrich Breyer, Axel Börsch-Supan, Berthold Wigger, Bert Rürup, Johanna Hey, Friedrich Heinemann, Justus Haucap, Michael Hüther, Veronika Grimm, Christian Hagist, Volker Wieland, Moritz Schularick, Lars Feld, Klaus Schmidt, Bernd Raffelhüschen, Hanno Kube, Silke Übelmesser, Monika Schnitzer, Martin Werding.

ausgesprochen, das Gesetz noch in diesem Jahr mit weiteren Rentenprojekten zu beschließen. Dazu zählt etwa die Aktivrente, die es Arbeitnehmern attraktiver machen soll, über das Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten. Ebenso die Frühstart-Rente: Kinder und Jugendliche sollen vom

Staat monatlich zehn Euro erhalten, um das Geld in einer Art Altersvorsorge-depot anzusparen.

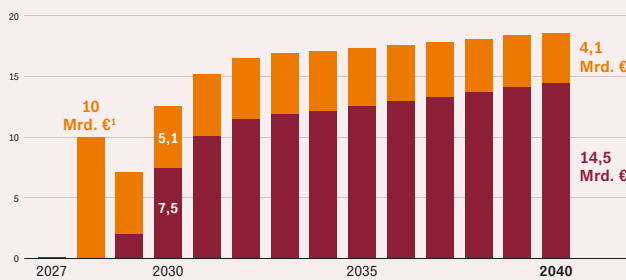
Alle Projekte zusammen findet die Unionsführung zustimmungsfähig, schließlich sind Aktivrente und Frühstart-Rente Wunschprojekte der CDU. Auch die Mütterrente, die CSU-Chef Markus Söder wichtig ist, ist Teil des Pakets. Doch neben der Jungen Gruppe lehnen weitere Unionsabgeordnete den Entwurf in seiner jetzigen Form ab.

Fraktionschef Spahn rief die Kritiker am Wochenende zu Disziplin auf. „Für die Argumente der Jungen Gruppe und der Jungen Union gibt es viel Verständnis und Sympathie. Gleichzeitig haben alle das große Ganze im Blick: Diese Koalition muss regierungsfähig sein, wenn wir etwas erreichen wollen für unser Land“, sagte der CDU-Politiker dem „Münchner Merkur“. „Für die SPD sind stabile Renten ein so entscheidendes Thema wie für uns Sicherheit, Begrenzung der irregulären Migration oder Ankerbeln der Wirtschaft. Das abzuwägen, ist klassische Verantwortungsethik in der Politik und gilt genauso für uns wie für die SPD“, mahnte Spahn.

Als Entgegenkommen an die Junge Gruppe war im Gespräch, das Gesetz um einen Entschließungsantrag zu ergänzen. In diesem könnte festgehalten werden, dass es in dieser Legislaturperiode weitere Re-

Hohe Kosten drohen

Mögliche Mehrkosten durch die **Mütterrente III** und die Verlängerung der **Haltelinie bis 2031** in Mrd. Euro



HANDELSBLATT • 1) Inklusive rückwirkende Zahlung für 2027

Quelle: DVR Bund

formen geben soll, um eine zu starke Belastung der jungen Generation nach dem Jahr 2031 zu vermeiden. Ohnehin haben Union und SPD die Einsetzung einer Rentenkommission vereinbart.

CSU-Chef Söder mahnte am Wochenende eine Verständigung an. „Daran darf eine Koalition niemals scheitern“, sagte er. Es müsse nun hart an einem Kompromiss gearbeitet werden. „Die Anliegen der Jungen (...) sind sehr berechtigt und werden von einem Großteil der Bevölkerung geteilt“, sagte Söder.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werben nun explizit dafür, auf das gesamte Rentenpaket zu verzichten und stattdessen in Ruhe an einer grundlegenden Reform zu arbeiten.

Zeit für Reformen nehmen

„Mit der Rentenkommission besteht die Chance, eine ausgewogene und fiskalisch nachhaltige Reform in die Wege zu leiten. Statt rentenpolitischer Schnellschüsse sollte man sich hierfür die notwendige Zeit nehmen“, heißt es in dem Appell. „Es wäre für das Vertrauen in die Politik fatal, wenn jetzt einseitige Entscheidungen getroffen würden, die bereits in wenigen Jahren zwangsläufig drastische Folgen hätten und einen erneuten Kurswechsel in der Rentenpolitik notwendig machen.“

Bemerkenswert ist, dass sich in der Liste der Unterzeichner viele Ökonomen finden, die großen Einfluss in der Politik haben. Dazu zählt etwa Michael Eilfort. Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft gilt als Ratgeber von Kanzler Merz, er war Anfang der 2000er-Jahre dessen Büroleiter in der Unionsfraktion. Ebenso hat Jörg Rocholl den Aufruf unterzeichnet. Der Präsident der internationalen Wirtschaftshochschule ESMT leitet den Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium.

Auch der Rechtswissenschaftler Hanno Kube von der Universität Heidelberg unterstützt den Appell. Er hatte als Bevollmächtigter der Unionsfraktion beim Bundesverfassungsgericht gegen den Nachtragsetat 2021 der Ampelkoalition geklagt und gewonnen. Unter den Unterzeichnern finden sich also viele Experten, deren Einschätzungen bei Merz und der Union durchaus Gehör finden.

Eilfort, Fuest und Rocholl begründen ihre Kritik am Rentenpaket auch in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt. Die Autoren warnen, die Pläne der schwarz-roten Bundesregierung verstießen gegen zentrale Prinzipien erfolgreicher Rentenpolitik. Konkret meinen sie: Rentenniveauhaltelinie, Mütterrente, Aktivrente und Frühstart-Rente.

Vor allem die Haltelinie und die geplante Ausweitung der Mütterrente belasteten die öffentlichen Finanzen erheblich, kritisieren Fuest, Eilfort und Rocholl. Dass diese Ausgaben aus dem Bundeshaushalt finanziert werden sollen, sei „ein klassischer Verschiebepbahnhof“, der den Haushalt weiter „versteinere“ und Investitionen verdränge.

Jan Hildebrand, Thomas Sigmund

2 Zusammenfassungen

23.11.2025 - Online Medien, Tageszeitung, Handelsblatt Online Top-Ökonomen fordern vollständigen Rückzug des Rentenpakets https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/aufruf-top-oekonomen-fordern-vollstaendigen-rueckzug-des-rentenpakets/100177101.html	Reichweite AÄW	798.702 43.929 €	Visits	23.961.060
---	-------------------	-----------------------------------	--------	-------------------

24.11.2025 - Print, Tageszeitung, täglich Handelsblatt Der Renten-Aufstand der Ökonomen	Reichweite Seite	482.199 1	Auflage (verbr.)	128.483
--	---------------------	----------------------------	------------------	----------------

Anzahl 2	Reichweite Σ 1.280.901	Auflage (verbr.) Σ 128.483	Visits Σ 23.961.060	AÄW Σ 43.929 €
-----------------	-------------------------------	-----------------------------------	----------------------------	-----------------------
